

ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT FÜR AGRARKONZERNE BEENDEN



INKOTA Positionspapier / Stand April 2014

„Afrika ist die letzte Barriere für einen globalen Agrar- und Ernährungsmarkt“, schreibt die Weltbank.¹ Das denken sich auch viele Unternehmen der Agrar- und Ernährungsindustrie und sehen die Zeit gekommen, den Schatz endlich zu heben. Angezogen von hohen Wachstumsraten drängen Multis wie Bayer, BASF, Monsanto oder Yara nach Subsahara-Afrika und in einige Länder Asiens. Sie wollen neue Märkte erschließen und natürliche Ressourcen kontrollieren. Unterstützt werden sie bei ihren Expansionsvorhaben von der Bundesregierung und zahlreichen weiteren Regierungen reicher Länder – stets im Namen der Hunger- und Armutsbekämpfung.

Transnational agierende Konzerne gelten seit einigen Jahren verstärkt als „Entwicklungspartner“ in der Hungerbekämpfung. Dies ist an einer ganzen Reihe von neuen Initiativen, Partnerschaften und Programmen zu beobachten. Beispiele sind die Neue Allianz für Ernährungssicherung (Neue Allianz) der G8-Staaten und die German Food Partnership (GFP). An beiden Initiativen ist die Bundesregierung, vertreten durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), federführend beteiligt. Das BMZ wirbt mit verschiedenen Anreizen für eine Beteiligung privater Partner an der Bekämpfung von Hunger und Armut. So werden Unternehmen im Rahmen von Public-Private Partnerships (PPP) öffentliche Mittel in Aussicht gestellt, um angeblich entwicklungsrelevante Vorhaben zu realisieren. Zusätzlich sollen sie bei ihren Vorhaben von den sektor- und landesspezifischen Kenntnissen erfahrener entwicklungspolitischer Durchführungsorganisationen profitieren können. Zu guter Letzt könnten sich die

Allerdings gehen Initiativen wie die Neue Allianz für Ernährungssicherung der G8-Staaten oder die German Food Partnership der Bundesregierung gerade zu Lasten der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. Sie werden weiter marginalisiert und vom Zugang zu lebensnotwendigen Ressourcen wie Land, Saatgut und Wasser abgeschnitten. Anstatt die Profitinteressen der Konzerne zu bedienen, sollte die öffentliche Entwicklungshilfe den Forderungen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern nach Ernährungssouveränität, der Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung und einer umwelt- und klimarechten Landwirtschaft nachkommen.

Konzerne so neue Märkte für ihre Produkte und Dienstleistungen erschließen.²

Während deutsche und internationale Unternehmen den Kampf gegen den Hunger dazu nutzen können, ihre Geschäftsfelder auszuweiten, ist der Nutzen von PPP-Projekten bei der nachhaltigen Hungerbekämpfung keineswegs belegt. Vielmehr drohen sie den vom BMZ formulierten Anspruch, „Entwicklungsländer dabei zu unterstützen, eigene Strukturen aufzubauen“, zu konterkarieren.

Höhere und qualitativ bessere Investitionen in den Agrarsektor im globalen Süden sind notwendiger denn je. 98 Prozent der weltweit an Hunger leidenden Menschen wohnen in armen Ländern. Paradoxerweise sind die Hälfte der weltweit Hungernden Kleinbäuerinnen und Kleinbauern.³ Vor allem weil sie seit Jahrzehnten von Regierungen weltweit vernachlässigt und diskriminiert werden. So ist der Anteil der öffentlichen Entwicklungs-

hilfe für die Landwirtschaft von 17 Prozent im Jahr 1980 auf 6 Prozent im Jahr 2010 gefallen. Dieser Anteil muss dringend wieder erhöht werden.

Es kommt aber auch darauf an, wer investiert, mit welchen Interessen und wie. Und da liegt einiges im Argen, wie anhand der folgenden zwei Beispiele gezeigt werden soll.

Initiative I: Neue Allianz für Ernährungssicherung

Die Neue Allianz für Ernährungssicherung in Afrika ist eine Initiative der G8-Staaten und weiterer Geberländer, einiger afrikanischer Regierungen und der internationalen Agrar- und Lebensmittelindustrie. Sie wurde 2012 ins Leben gerufen und verspricht, bis zum Jahr 2022 50 Millionen Menschen in Subsahara-Afrika aus der Armut zu befreien, indem (ausländische) Privatinvestitionen in den Agrarsektoren gesteigert werden. Bisher haben zehn afrikanische Staaten (Äthiopien, Benin, Burkina Faso, Elfenbeinküste, Ghana, Malawi, Mosambik, Nigeria, Senegal und Tansania) Partnerschaftsabkommen im Rahmen der Allianz unterschrieben, in denen sie sich zu strukturellen Reformen verpflichten.

Die an der Initiative beteiligten Konzerne – neben dem weltgrößten Getreidehändler Cargill und dem weltweit führenden Düngemittelproduzenten und -händler Yara weitere bekannte Namen wie Dreyfus, Syngenta, Dupont und Monsanto – belassen es hingegen bei unverbindlichen Absichtserklärungen. Die in den Erklärungen angekündigten Investitionen belaufen sich bisher auf fast 7,5 Milliarden Euro, soweit dies angesichts der intransparenten Datenlage nachvollziehbar ist.⁴ Der mit Abstand größte Anteil des Investitionsvolumens kommt aus Europa und Nordamerika. Die Bundesregierung hat angekündigt, insgesamt fast 341 Millionen Euro im Rahmen der Initiative bereitzustellen.⁵

Initiative II: German Food Partnership

Die German Food Partnership (GFP), im Jahr 2012 gegründet, ist ein Bündnis von etwa 35 deutschen und internationalen Unternehmen und Verbänden der Agrar- und Lebensmittelindustrie unter Schirmherrschaft des BMZ. Mit dem Ziel, die Ernährungssicherheit in Schwellen- und Entwicklungsländern

zu verbessern, bringt sie öffentliche und private Partner für die Umsetzung von Projekten zusammen. Durch den Aufbau von Wertschöpfungsketten für Grundnahrungsmittel sowie die Erhöhung der landwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sollen Bäuerinnen und Bauern einen besseren Zugang zu Betriebsmitteln, Märkten und Nahrungsmitteln erhalten.⁶ Beteiligt an der Initiative sind Konzerne wie Bayer, BASF, Mars, Syngenta und Metro. Im November 2013 wurden die ersten vier Projekte der GFP öffentlich präsentiert: Dazu gehört ein Projekt zur Förderung des Kartoffelsektors in Kenia und Nigeria (Potato Initiative Africa – PIA), ein Projekt zum Thema Ölsaaten und Vitaminanreicherung in Mosambik (Oilseeds Initiative Africa – OIA), ein umfassendes Reisprojekt in Burkina Faso, Ghana und Nigeria (Competitive African Rice Initiative – CARI) sowie eine strategische Allianz zu Qualitätsreis in den asiatischen Staaten Thailand, Indonesien, Vietnam und den Philippinen (Better Rice Initiative Asia – BRIA). Bayer ist an drei, BASF und Syngenta sind an zwei der Vorhaben beteiligt. Die Projekte haben bisher ein finanzielles Gesamtvolumen von 71 bis 87 Millionen Euro. Das BMZ hat bereits 6,3 Millionen Euro zugesagt;⁷ insgesamt plant die Bundesregierung die Bereitstellung von 20 Millionen Euro.⁸

Ansatz: Äußerst begrenzt

Hinter der Neuen Allianz und der GFP verbirgt sich die Vorstellung, kleinbäuerliche Produzent/innen könnten durch Investitionen der Agrar- und Lebensmittelindustrie aus der Armut „gehebelt“ werden, indem man sie in mehrstufige Wertschöpfungsketten integriert, die von eben diesen Konzernen dominiert werden. Dies soll zu verbesserter Produktivität im Anbau, einem besseren Zugang zu Dienstleistungen, zu Einkommensstabilität und zur Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten beitragen. Allerdings ist der Wertschöpfungskettenansatz in seiner Reichweite äußerst begrenzt, wie eine Studie des IIED und Oxfam International belegt. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass maximal zehn Prozent der kleinbäuerlichen Erzeuger/innen in solche Ketten integriert werden können, wobei es sich aber um ohnehin schon bessergestellte Bäuerinnen und Bauern handelt.⁹ Die restlichen 90

Prozent bleiben weiterhin ausgeschlossen, weil ihnen Kapital und technische Ausbildung fehlen, weil sie die Anforderungen an Produktionsmanagement, Buchführung, Investitionen und Hygienemaßnahmen nicht erfüllen können,¹⁰ oder weil sie sich schlichtweg weigern, marktbasierter Landwirtschaft zu betreiben.

Zudem kann der Vertragsanbau, der innerhalb dieses Ansatzes ein beliebtes Instrument darstellt, nicht losgelöst von den Machtasymmetrien zwischen kleinbäuerlichen Produzent/innen und industriellen Ankäufer/innen bewertet werden. Vielfach belegt sind Probleme wie Verschuldung durch zu harte Kreditbedingungen, Verschlechterung der Ernährungssicherung durch die Abkehr von der Mischproduktion hin zu Monokulturen und zunehmende Landbesitzkonzentration.¹¹

Reformen im Interesse der Konzerne

In den Partnerschaftsabkommen der Neuen Allianz verpflichten sich die Partnerländer zu strukturellen Reformen in menschenrechtlich teils hochsensiblen Bereichen.

Beispiel Land: In den letzten Jahren wurden in Afrika bereits mehr als 30 Millionen Hektar Land verkauft oder verpachtet¹² – ein Trend, der im Rahmen der G8-Initiative fortgesetzt werden soll. Alle Abkommen beinhalten Reformen im Bereich der Landgesetzgebung. Die Reformvorhaben reichen von der Einrichtung von Landdatenbanken über die Registrierung von Land bis hin zur Bereitstellung von riesigen Landflächen für kommerzielle Investitionen. Die Regierung Malawis plant bis zum Jahr 2015 200.000 Hektar Land für Investoren bereitzustellen.¹³ Die Folgen dieser konzernfreundlichen Landprivatisierung für die Bäuerinnen und Bauern sind indes existenziell: Sie sind von Vertreibungen von ihrem Land und dem Verlust ihrer Lebensgrundlagen bedroht.

Beispiel Saatgut: In den meisten Ländern Subsahara-Afrikas werden zwischen 80 und 90 Prozent des Saatguts informell gezüchtet und gehandelt.¹⁴ Die Reformierung der Saatgutgesetzgebung, die in neun der zehn Abkommen festgelegt ist, will dem nun einen Riegel vorschieben. So verpflichtet sich beispielsweise Mosambik, die Verteilung von freiem Saatgut zu beenden; dem Privatsektor soll es erlaubt werden, dies eigenhändig zu kontrollieren.¹⁵ Die kleinbäuerlichen Produzent/innen, die nicht auf eigenes Saatgut zurückgreifen können, werden damit gezwungen, teures Hybridsaatgut bei registrierten Saatguthändlern zu kaufen und geraten so in die Abhängigkeit von Konzernen. Wer weiterhin eigenes Saatgut züchtet und vertreibt, wird kriminalisiert. Für Konzerne wie Monsanto, DuPont und Syngenta, die schon heute rund 53 Prozent des weltweiten kommerziellen Saatgutmarktes kontrollieren, ist dies ein einträgliches Geschäft.

Transparenz: Kaum vorhanden

Bisher existiert keine Webseite, auf der Informationen der Neuen Allianz gebündelt zu finden wären. Darüber hinaus sind die ohnehin nur freiwilligen Absichtserklärungen der Konzerne nicht öffentlich zugänglich.

Und auch die GFP-Webseite widerspricht dem Transparenzversprechen, das der Staatssekretär im BMZ, Friedrich Kitschelt, bei der Vorstellung der GFP-Projekte im November 2013 gegeben hat. Jedenfalls sind die Abkommen zwischen dem BMZ und den GFP-Unternehmen nicht verfügbar. Die Bundesregierung macht auch keine Angaben darüber, welche konkreten finanziellen Leistungen und/oder Sachbeiträge die jeweiligen Unternehmen in die einzelnen Projekte einbringen und wofür die Leistungen genutzt werden. Begründet wird dies mit der Wahrung der Geschäftsgeheimnisse der Unternehmen. Ohne die Bereitstellung aller notwendigen Informationen wird die öffentliche Debatte über die mit der GFP verbundenen Gefahren erheblich erschwert.

Partizipation der Betroffenen: Fehlanzeige

Im „Guide to the German Food Partnership“¹⁶ wird die Notwendigkeit betont, die betroffenen Bäuerinnen und Bauern und ihrer Organisationen an der Initiative zu beteiligen. Die Realität sieht jedoch ganz anders aus: Im Gegensatz zum Privatsektor waren die Kleinbäuerinnen und -bauern sowie deren Verbände in die Entwicklung der ersten GFP-Projekte kaum eingebunden. Und auch in Zukunft wird sich dies vermutlich kaum anders verhalten, wenn man bedenkt, dass der Startschuss zu einem neuen GFP-Projekt stets von einem beteiligten Unternehmen ausgehen muss. Zugleich schreiben die Richtlinien vor, dass GFP-Projekte in Kooperation mit Organisationen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) und mindestens zwei Unternehmen umgesetzt, Bäuerinnen und Bauern aber nicht notwendigerweise beteiligt werden müssen.

Gleiches gilt für die Neue Allianz; auch hier wurden die Bäuerinnen und Bauern von der Ausarbeitung der Partnerschaftsabkommen ausgeschlossen.¹⁷ Folglich finden ihre Belange in keinem der Abkommen ausreichend Berücksichtigung. Mehrfach haben sich afrikanische Bauernorganisationen und die Zivilgesellschaft öffentlich gegen die Neue Allianz und die mangelnde Partizipation gewandt.¹⁸ Die G8-Initiative fällt hier weit hinter die im Rahmen des bei der FAO angesiedelten Komitees für Ernährungssicherheit (CFS) praktizierte Einbindung der betroffenen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sowie anderer zivilgesellschaftlicher Akteure zurück.¹⁹

Agrarmodell: Nicht nachhaltig

Mit der der Neuen Allianz und der GFP wird ein industrielles Agrarmodell gefördert, das weder den Bedürfnissen der Mehrheit der Kleinbäuerinnen und Kleinbauern noch den ökologischen Herausforderungen gerecht wird. Konzerne wie BASF, Yara, Syngenta oder Bayer stehen für eine industrielle, einseitig auf Inputs (Pestizide, zertifiziertes Saatgut, chemischer Dünger) basierende Landwirtschaft. Damit zusammenhängende Probleme wie der Ver-

lust der Biodiversität durch Monokulturen oder die erhöhte Abhängigkeit der Landwirte/innen etc. werden in den Initiativen folglich auch ignoriert.

Bei der GFP sind unter anderem Schulungen vorgesehen, die offiziell „produkt- und anbauneutral“ ablaufen und lediglich dazu dienen sollen, den Bäuerinnen und Bauern bei der für sie optimalen Entscheidungsfindung zu unterstützen. In der Praxis allerdings haben die an der GFP beteiligten Unternehmen die Möglichkeit, ihre Produkte (Maschinen, Saatgut, Pestizide etc.) oder Anbaumethoden in den Trainings zu präsentieren.²⁰ Mehr noch: Die Zurverfügungstellung eigener Produkte für Trainings oder auch der Einsatz firmeneigenen Personals zur Durchführung der Trainings werden als Beitrag des Unternehmens zum PPP gewertet und entsprechend befördert.

Statt an diesen unternehmensorientierten Initiativen sollte das BMZ seine Politik beispielsweise am Weltagrarbericht²¹ orientieren, der viele positive Ansätze für eine andere Landwirtschaft präsentiert. Darunter das vielfach rezipierte „System of Rice Intensification“ (SRI), das bei einem niedrigeren Saatgut- und Wasserverbrauch (90 Prozent bzw. 50 Prozent) und einem reduzierten Einsatz chemischer Düngemittel erhebliche Ertragssteigerungen bei Reis ermöglicht. SRI wäre für Kleinbauern und Kleinbäuerinnen mit geringeren Produktionskosten verbunden und daher auch ökonomisch nachhaltiger. Nur davon hätten Bayer, BASF & Co nichts.

Indikatoren: Absolut unzureichend

Eine weitere gravierende Schwachstelle der Neuen Allianz und der GFP stellen die Indikatoren zur Beurteilung der Vorhaben dar, denen eine zentrale Bedeutung zukommt, da an ihnen der Erfolg der Initiative gemessen wird.

Drei Indikatoren werden in den Partnerschaftsabkommen der Neuen Allianz immer wieder genannt: Erstens der „Doing Business Index“ der Weltbank, zweitens der prozentuale Anstieg privater Investitionen in die kommerzielle Produktion und der Verkauf verbesserten Saatguts, drittens der Anstieg privater Investitionen im Agrarbereich. Der „Doing Business Index“ der Weltbank bemisst primär das Investitionsklima für ausländische Investor/innen,

dabei insbesondere die Steuerlast für Unternehmen, Regeln für den internationalen Handel oder den Schutz geistigen Eigentums. Davon ausgehend soll in den kommenden drei Jahren ein auf die Landwirtschaft zugeschnittener Index, der „Doing Business in Agriculture Index“, entwickelt werden.

Die Auswahl der Erfolgsindikatoren bietet einen tiefen Einblick in die Grundausrichtung der Neuen Allianz: Es geht weder um den Rückgang der Zahl unterernährter Menschen noch um den Anstieg der Einkommen von Kleinproduzent/innen, weder um die Umsetzung nachhaltiger Produktionsmethoden noch um die Verbesserung des Zugangs zu Land für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern. Wären Indikatoren mit Bezug auf bestehende Leitlinien, wie etwa die FAO-Leitlinien zum Recht auf Nahrung („Freiwillige Leitlinien zur Unterstützung der schrittweisen Verwirklichung des Rechts auf Nahrung im Kontext nationaler Ernährungssicherung“) gewählt worden, sähe auch die Ausrichtung der politischen Reformen und Investitionen grundlegend anders aus.²²

Bei der GFP ist die Implementierungsphase der ersten vier Projekte gestartet, ohne dass Indikatoren für die einzelnen Vorhaben verbindlich festgelegt worden wären.²³ Das BMZ plant die Ausarbeitung von „Key-Performance“-Indikatoren, die für alle Projekte gleichermaßen gelten und drei Bereiche abdecken sollen: Zum einen den Aspekt „Lebensmittelmärkte“, zum Zweiten „Marktverbindungen, inklusive Geschäftsmodelle“, worunter zum Beispiel Kooperations- und Geschäftsmodelle zwischen Erzeuger/innen, Händler/innen und weiterverarbeitenden Unternehmen fallen, und drittens der Bereich „landwirtschaftliche Produktion“. Nur in dem letzten der drei Bereiche geht es um die direkte Verbesserung der Ernährungs- und Einkommenssituation von Bäuerinnen und Bauern. Hinzu kommen spezifische Indikatoren, die unter Beteiligung der Unternehmen für jedes einzelne Projekt vereinbart werden sollen. Damit wird der Bock zum Gärtner gemacht: Die Unternehmen erhalten viel Gestaltungsspielraum, und sie werden kaum Indikatoren vorschlagen, die sie selbst nur schwer umsetzen können. Interessensgegensätze zwischen den Anforderungen an eine ernst gemeinte Hunger- und Armutsbekämpfung und den ökonomischen Interessen der Konzerne werden offensichtlich ignoriert.

Die Rolle der Bundesregierung

Durch ihre aktive Beteiligung an der GFP und der Neuen Allianz spielt die deutsche Regierung eine zentrale Rolle bei der Kommerzialisierung und Industrialisierung der Landwirtschaft und des Ernährungssektors im globalen Süden. Sie ist Steigbügelhalter für deutsche und internationale Konzerne der Agrar- und Lebensmittelindustrie, die sich neue Märkte erschließen und natürliche Ressourcen unter ihre Kontrolle bringen. Sowohl bei der GFP als auch bei der Neuen Allianz geht es schlussendlich nicht um ernst gemeinte Entwicklungszusammenarbeit, sondern um ihren Missbrauch zugunsten der Geschäftsinteressen von Konzernen der Agrar- und Lebensmittelindustrie.

Die deutsche Bundesregierung, allen voran das BMZ, hat angekündigt, die Neue Allianz und die GFP, und damit Konzerne wie Bayer, BASF und Monsanto mit rund 360 Millionen Euro öffentlicher Entwicklungshilfegelder zu fördern. Auch auf politischer Ebene werden die beiden Initiativen von der Bundesregierung unterstützt: Zum einen hat sie in der Neuen Allianz das Partnerschaftsabkommen mit Benin ausgehandelt, zum anderen fungiert die staatliche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) im Rahmen der GFP als eine Art Broker zwischen internationalen Konzernen, einigen Unternehmen in den Projektländern und den Regierungen vor Ort und fördert auf diese Weise Kontakte und Reformen im globalen Süden zum Vorteil der Konzerne.

Keine Entwicklungshilfe für Agrarkonzerne!

Es ist angesichts 840 Millionen hungernder Menschen weltweit offensichtlich, dass eine stärkere Förderung und mehr Investitionen in den Agrarsektor des globalen Südens notwendig sind. Die kleinbäuerliche Landwirtschaft bietet in sozialer, ökonomischer und ökologischer Hinsicht das nachhaltigste Potenzial, um im Rahmen der planetarischen Grenzen genügend Nahrung zu erzeugen und gleichzeitig Armut in ländlichen Räumen zu bekämpfen.²⁴ Kleinbäuerliche Produktionssysteme sind in aller Regel besonders emissionsarm, aber relativ arbeitsintensiv und ermöglichen somit vie-

len Menschen in ländlichen Räumen Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Jedoch fehlt vielen Kleinbäuerinnen und -bauern ein adäquater Zugang zu Wasser, Land, Beratung, lokalen Märkten, Krediten usw. Sie müssen stärker dabei unterstützt werden, Zugang zu diesen produktiven Ressourcen zu erhalten und so die ausreichende Versorgung einer wachsenden Bevölkerung unter den Bedingungen des Klimawandels im globalen Süden zu sichern.

Hierbei kommt es auch auf die Bundesregierung an. Sie sollte die Förderung von Konzernen wie Bayer, BASF und Monsanto im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit einstellen und den politischen Einfluss privatwirtschaftlicher Initiativen auf die Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit zurückdrängen. Stattdessen sollte sie den Forderungen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern nach Ernährungssouveränität, der Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung und einer umwelt- und klimagerechten Landwirtschaft nachkommen und mit entsprechenden Programmen unterstützen.

KONTAKT:**INKOTA-netzwerk e.V.**

Chrysanthemenstraße 1-3, 10407 Berlin
www.inkota.de

Mehr Infos zum Thema:
www.inkota.de/agrarkonzerne

Jan Urhahn
Tel.: 030-42 08 20 25 6
E-Mail: urhahn@inkota.de

„Wir haben es satt, dass andere hungern!“
Mit dieser Motivation engagieren sich bei **INKOTA** Menschen für eine gerechtere Welt. Mit gezielten Kampagnen soll die politische Landschaft in Deutschland belebt und die Öffentlichkeit für die Schatten der Globalisierung und den Schutz der Menschenrechte sensibilisiert werden. Die Organisation macht sich für Arbeit in Würde, die Bewältigung der globalen Ernährungskrise und für faire Handelsbeziehungen in der Weltwirtschaft stark. Sie unterstützt zudem Partnerorganisationen in Mittelamerika, Mosambik und Vietnam. INKOTA richtet sich an alle Menschen, die im Kontext von Nord-Süd-Fragen den dringlichen Hunger auf Veränderung verspüren.

ENDNOTEN

¹ World Bank (2013): Growing Africa: Unlocking the Potential of Agribusiness. Internet: <http://documents.worldbank.org/curated/en/2013/03/17427481/growing-africa-unlocking-potential-agribusiness-vol-1-2-main-report>.

² BMZ (o.J.): Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft. Internet: http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/themen/wirtschaft/privatwirtschaft/entwicklungspartnerschaften/index.html.

³ Die Definition von kleinbäuerlicher Landwirtschaft variiert stark, je nach den Gegebenheiten in verschiedenen Regionen. Im Rahmen dieses Papiers bezieht sich der Begriff auf Betriebe, die maximal zwei Hektar Land bewirtschaften. Demnach gibt es weltweit ungefähr 500 Millionen kleinbäuerliche Betriebe, die zwei Milliarden Menschen mit Nahrungsmitteln versorgen. In Asien und Sub-Sahara Afrika stellen sie 80 Prozent der verbrauchten Nahrungsmittel her (IFAD (2011): Small Farmers Can Feed the World). Sie sind in vielen Kontexten mehrfach benachteiligt und werden vernachlässigt. Sie leben vielfach in unzugänglichen Gebieten, bewirtschaften oft unfruchtbare Böden, sind schwer zu erreichen und sozial marginalisiert und haben keine Stimme in der nationalen Politik.

⁴ Alle Zahlen sind den Partnerschaftsabkommen entnommen und ergeben zusammen gerechnet rund 9,7 Milliarden US-Dollar. Bei einem Umrechnungskurs von 1,3:1 ergibt sich ein Betrag von fast 7,5 Milliarden Euro.

⁵ Die Summe ergibt sich aus den Zusagen der Bundesregierung in allen Partnerschaftsabkommen. Die Gesamtsumme beträgt 443.170.000 US-Dollar. Bei einem Umrechnungskurs von 1,3:1 ergibt sich ein Betrag von 340.900.000 Euro. Alle Partnerschaftsabkommen finden sich hier: <https://www.gov.uk/government/collections/the-new-alliance-for-food-security-and-nutrition-corporate-frameworks>.

⁶ Forum Umwelt und Entwicklung (2013): German Food Partnership. Entwicklungszusammenarbeit zum Nutzen deutscher Konzerne oder zur Bekämpfung von Hunger und Armut? Internet: <http://www.forumue.de/news/news/pressemitteilung-nichtregierungsorganisationen-fordern-german-food-partnership-beenden/>.

⁷ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Entwicklungspolitischer Nutzen der German Food Partnership“ vom 27.02.2014. Internet: http://www.bundestag.de/presse/hib/2014_02/2014_106/04.html.

⁸ Pressemitteilung des BMZ vom 29.01.2013: Dirk Niebel, Bill Gates und die deutsche Wirtschaft verstärken Kampf gegen Hunger. Internet: http://www.bmz.de/de/presse/aktuelle-Meldungen/archiv/2013/januar/20130129_pm_12_hunger/index.html.

⁹ IIED und Oxfam International (2012): Tipping the Balance: Policies to Shape Agricultural Investments and Markets in Favour of Small-Scale Farmers. Internet: <http://www.oxfam.org/en/grow/policy/tipping-balance>.

¹⁰ Forum Umwelt und Entwicklung (2013): Die Neue Allianz für Ernährungssicherheit in Afrika: Ist die Initiative der G8-Länder geeignet die Armut zu bekämpfen? Internet: <http://www.forumue.de/news/news/pressemitteilung-g8-auf-dem-holzweg-armuts-und-hungerbekaempfung-geht-anders/>.

¹¹ Forum Umwelt und Entwicklung (2013): Die Neue Allianz für Ernährungssicherheit in Afrika: Ist die Initiative der G8-Länder geeignet die Armut zu bekämpfen? Internet: <http://www.forumue.de/news/news/pressemitteilung-g8-auf-dem-holzweg-armuts-und-hungerbekaempfung-geht-anders/>.

¹² Eigene Berechnung auf Grundlage der Land Matrix. Internet: <http://www.land-matrix.org/en/get-the-detail/>.

¹³ Partnerschaftsabkommen mit der Regierung Malawis. Internet: <https://www.gov.uk/government/publications/the-new-alliance-for-food-security-and-nutrition-malawi-cooperation-framework>.

¹⁴ ETC Group (2013): Putting the Cartel before the Horse...and Farm, Seeds, Soil and Peasants etc: Who Will Control the Agricultural Inputs? Internet: <http://www.etcgroup.org/putting-the-cartel-before-the-horse-2013>.

¹⁵ Partnerschaftsabkommen mit der Regierung Mosambiks. Internet: <https://www.gov.uk/government/publications/the-new-alliance-for-food-security-and-nutrition-mozambique-cooperation-framework>.

¹⁶ German Food Partnership (2014): Guide to the German Food Partnership. Internet: <http://www.germanfoodpartnership.de/>.

¹⁷ Oxfam International (2013): The New Alliance: A New Direction Needed. Reforming the G8's Public-Private Partnership on Agriculture and Food Security. Internet: <http://www.oxfam.org/en/grow/policy/new-alliance-new-direction-needed>.

¹⁸ Darunter zum Beispiel eine Mitteilung von der Allianz für Ernährungssouveränität in Afrika vom 15.08.2013. Internet: http://www.grain.org/bulletin_board/entries/4773-africa-s-food-sovereignty-under-attack-by-corporate-interests.

¹⁹ Das CFS wird seit seiner Reform im Jahr 2009 von sozialen und ökologischen Bewegungen weltweit als legitimer und wichtiger Ort anerkannt, um Fragen der Welternährung zu verhandeln. Gerade mit der Einführung des Zivilgesellschaftsmechanismus (CSM) und einem eigenen Sekretariat im CFS haben Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Bewegungen

ihre Verhandlungsweise im CFS professionalisiert: Die Zivilgesellschaft spricht mit einer Stimme und Verhandlungen werden strategisch geplant. Der CSM ist darüber hinaus in mehrere „selbstorganisierte Gruppen“ aufgeteilt – darunter fallen zum Beispiel die Gruppen der städtischen Armen, Landarbeiter/innen oder kleinbäuerliche Familien. So wird sichergestellt, dass der CSM nicht nur von großen internationalen NGOs dominiert wird, sondern tatsächlich Betroffene repräsentiert sind.

²⁰ Genauere Angaben hierzu finden sich im Guide to the German Food Partnership. Internet: <http://www.germanfoodpartnership.de/>.

²¹ UNEP, UNDP, WHO et. al. (2009): Agriculture at a Crossroads. International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development. Global Report. Internet: <http://www.unep.org/dewa/Assessments/Ecosystems/IAASTD/tabid/105853/Default.aspx>.

²² Urhahn (2013): Neue internationale Strategien im Landwirtschaftssektor. Hungerbekämpfung als Geschäftsmodell? In: Mosambik Rundbrief 87.

²³ Einen Überblick über die geplanten Indikatoren findet sich im Guide to the German Food Partnership. Internet: <http://www.germanfoodpartnership.de/>.

²⁴ Immer wieder bestätigen Studien die Produktionspotenziale der kleinbäuerlichen Landwirtschaft. Hierzu seien stellvertretend zwei Studien von UN-Organisationen genannt: UNEP (2011): Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication. Internet: http://www.unep.org/greeneconomy/Portals/88/documents/ger/ger_final_dec_2011/Green%20EconomyReport_Final_Dec2011.pdf und UNCTAD (2013): Trade and Environment Review: Wake Up Before it is too Late. Internet: http://unctad.org/en/PublicationsLibrary/ditcted2012d3_en.pdf. Eine sehr umfassende Studie wertete die Leistung von 286 ökologisch nachhaltigen Agrarprojekten in 57 Ländern aus und stellte im Schnitt eine Produktionssteigerung um 79 Prozent fest (Pretty et al. (2006): Resource-Conserving Agriculture Increases Yields in Developing Countries. In: Environmental Science and Technology, 40).